schaftskabinett verlangt, den bisher der sogenannte Vizekanzler Blücher innehatte und den nun Ludwig Erhard erhalten soll.

▷ Schäffer behauptet, er habe diese Frage nur zu erwägen gegeben.

Jedenfalls kam es zu keiner Einigung.

Nach der Unterredung mit dem widerspenstigen Finanzminister bestellte Konrad Adenauer den Wirtschaftsminister zu sich. Er fragte ihn lakonisch: „Können Sie sich vorstellen, daß Schäffer Schatzminister, Vizekanzler und Vorsitzender des Wirtschaftskabinetts wird?" Erhard antwortete: „Den Vizekanzler kann er meinetwegen haben, das Wirtschaftskabinett kommt aber gar nicht in Frage." Daraufhin Adenauer zu Staatssekretär Globke: „Dann schreiben Sie den Brief an Schäffer." In diesem Brief bot Adenauer das Schatzministerium und die Stellvertretung des Kanzlers an, verweigerte Schäffer jedoch kategorisch den Vorsitz im Wirtschaftskabinett.

Schäffer nahm dieses Angebot an, entwickelte aber in seinem Antwortschreiben Vorstellungen über die Befugnisse des Schatzministers, die weit über das hinausgingen, was Adenauer zugestehen wollte. Der Kanzler glaubte, endlich einen geeigneten Anlaß gefunden zu haben, dem lästigen Schäffer nun endgültig den Stuhl vor die Tür zu setzen. Der Absagebrief an Schäffer war schon fertig, als Krone und Stücklen wieder bei Adenauer aufkreuzten. Stücklen setzte durch, daß der Brief zerrissen wurde. Der Finanzminister wurde statt dessen — brieflich und telegraphisch — aufgefordert, bis Dienstag neun Uhr das Kanzler-Angebot bedingungslos zu akzeptieren.

Doch der Finanzminister überschätzte seine Stärke und schickte statt einer Zusage einen weiteren Brief mit neuen Bedingungen ins Palais Schaumburg.

Erleichtert zog Adenauer, nun wohlbegründet, sein Angebot zurück, Schäffer zum stellvertretenden Kanzler zu ernennen. Inzwischen hatte nämlich eine andere Gruppe seiner vielseitigen Partei ernste Bedenken gegen diesen Plan angemeldet. Die Protestanten wollten den Protestanten Erhard auf dem Vizekanzler-Posten sehen.

Die in jenem Stadium vorliegende Kabinettsliste, so hieß es, nenne ohnehin schon zehn katholische, aber nur acht evangelische Minister, was bei dem großen Wahlerfolg der CDU in protestantischen Gebieten unangemessen sei. Vor allem die evangelischen Christdemokraten aus Norddeutschland wollten neben einem katholischen Kanzler nicht auch noch einen bayrischen Vizekanzler derselben Konfession akzeptieren.

Konrad Adenauer hatte in dieser Situation allen Grund, froh zu sein, daß er dem Katholiken Schäffer unter einem halbwegs passablen Vorwand das Vizekanzleramt verweigern konnte. Denn Konfessionszwistigkeiten sind für die Partei erfahrungsgemäß noch gefährlicher als alle landsmannschaftlichen oder soziologischen Unterschiede.

So fiel es dem Kanzler nicht schwer, auf den nächsten Wunsch der Bayern einzugehen und Schäffer neben dem Schatzministerium (ohne Vizekanzlerposten) auch das Justizministerium zur Auswahl zu überlassen, wenngleich dieses Amt eigentlich schon vergeben war, und zwar an den — katholischen — außenpolitischen Experten der CDU-Fraktion, Kurt-Georg Kiesinger. Auch dagegen hatten schon einzelne evangelische Politiker protestiert. Sie verlangten, daß im Kabinett konfessionelle Parität hergestellt werden müsse.

Die Chance dazu bot sich dem Kanzler, als Fritz Schäffer endlich dem massiven Druck seiner Freunde nachgab, die ihm stundenlang zugeredet hatten, und das Justizministerium wählte. Das geschah am späten Dienstagnachmittag letzter Woche. Schäffer saß zusammengesunken am Vorstandstisch in der Sitzung der CSU-Landesgruppe. Er bat um Bedenkzeit und stützte den Kopf in die Hände. Immer wieder murmelte er vor sich hin: „Ich kann nicht, ich kann nicht", als ob es um sein Leben ginge.

Die quälende Gewissenserforschung dauerte genau 30 Minuten. Dann sagte er, kaum hörbar, zu seinen Nebenleuten: „Na gut, ich mach's." Triumphierend wiederholten Schäffers Sitznachbarn die Worte laut in den Raum. Am Mittwoch wurde Konrad Adenauer der Entschluß Schäffers mitgeteilt. Der Kanzler beeilte sich, ihm das Justizministerium nun auch schriftlich



Bonner CSU-Statthalter Stücklen
Für sich die Post, für Schäffer nichts?

anzubieten. Fritz Schäffer antwortete kurz und resigniert „Ich bestätige Ihr Schreiben vom 23. Oktober."

Nun konnte der Bundeskanzler das Schatzministerium, das eigentlich gebildet werden sollte, um Schäffer abzufinden, mit einem CDU-Protestanten besetzen, dem Prokuristen der Portland-Zementwerke in Heidelberg, Heinrich Lindrath. Damit war die konfessionelle Parität erreicht: Im neuen Kabinett werden neun Katholiken und neun Protestanten (sieben Christdemokraten und zwei Deutschparteiler) sitzen. Lindrath kommt außerdem aus Württemberg-Baden, genau wie Kiesinger, so daß dieser CDU-Landesverband nun auch befriedigt werden konnte.

Die Komplikationen bei der Bildung der dritten Regierung Adenauer machten nicht nur deutlich, daß jeder Versuch, alle partikularistischen Wünsche in der Christlich-Demokratischen Union zu befriedigen, die Partei lahmlegen muß, sobald einmal keine von allen Seiten anerkannte Autorität mehr vorhanden ist. Sie zeigt auch, daß in dieser Partei nur derjenige Aussicht auf eine politische Karriere hat, der sich auf eine Hausmacht stützen kann. Schäffer hatte eine solche Hausmacht hinter sich, die CSU, die ihm immerhin zu einem Ministersessel — wenn auch nicht dem gewünschten — verhalf, Kiesinger nicht.

Kiesinger, seit Jahren außenpolitischer Sprecher der CDU im Bundestag, außerdem Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Partei, wäre gern Minister für Gesamtdeutsche Fragen geworden. Dieser Platz aber war blockiert, weil der Berliner Ernst Lemmer gegen seinen Willen das Postministerium räumen mußte, um es für den CSU-Mann Stücklen frei zu machen. Dann wollte der Kanzler den Kurt-Georg Kiesinger zum Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten* ernennen, doch Außenminister Brentano wehrte sich erfolgreich gegen einen zweiten Minister in seinem Bereich.

Als nun auch das Justizministerium anderweitig besetzt wurde, wollte man Kiesinger zum Minister für europäische Angelegenheiten machen. Auch dieses Projekt scheiterte am Widerstand des Außenministers, der seinen Konkurrenten am liebsten auf einen wichtigen Botschafterposten abschieben möchte. Auf Kiesingers Frage, wie er von Washington oder Moskau wohl jemals wieder in die deutsche Politik zurückkehren sollte, antwortete Brentano tröstend: „Wir sind doch Freunde..."

Auch Ludwig Erhard half mit, das Europaminister-Projekt zu vereiteln. Erhard ist der große Sieger dieser Kabinettsbildung. Als Vizekanzler und Vorsitzender des Wirtschaftskabinetts ist der erfolggewohnte Wirtschaftsminister jetzt der Kronprinz der CDU. Nach der Abschlußbesprechung beim Bundeskanzler am Mittwochabend äußerte er sich befriedigt: „Gott sei Dank, daß dieser Viehhandel nun zu Ende ist."

STEUER-POLITIK

Der Wolf ist tot

Als Fritz Schäffer in der vergangenen Woche nach dem Rettungsring des Justizminister-Titels griff, um sich in letzter Minute doch noch an Bord des Regierungsschiffes Adenauer ziehen zu lassen, gab er damit allen Kritikern recht, die seine wiederholten Rücktrittsdrohungen während der zweiten Legislaturperiode als puren Bluff bezeichnet hatten.

Selbst ein dem abgehalfterten Finanzminister so zugeneigter Mann wie der CDU-Abgeordnete Dr. Dresbach hatte dem bayrischen Pfennigfuchser am Ende des unwürdigen Kabinettstückchens um seine Person erklärt: „Herr Schäffer, Sie erinnern mich jetzt sehr an den Hütejungen im Lesebuch, der immer geschrien hat: der Wolf kommt, der Wolf kommt, und es steckte nichts dahinter. Ich rate Ihnen, treten Sie wieder ins zweite Glied zurück, wenn Sie nicht das menschliche Vertrauen Ihrer Freunde verlieren wollen."

Dank seiner Sachkenntnis hatte sich Fritz Schäffer acht Jahre lang über jegliche Kritik erhaben gedünkt. Im Vollbewußtsein seiner Stärke hatte er im Juli dieses Jahres die Einladung zum Wirtschaftsparteitag der CDU nach Frankfurt unbeachtet gelassen. Gerade auf diesem Treffen jedoch wurde er, der bis dahin allenfalls in den inneren Zirkeln der Partei kritisiert worden war, zum ersten Male in aller Öffentlichkeit von Parlamentsfreunden attackiert.

* In einem früheren Stadium der Regierungsbildung beabsichtigte der Bundeskanzler, die Regierung durch Staatsminister zu ergänzen. Diese Staatsminister sollten kein Ressort leiten, aber die Ressortminister im Parlament und auf internationalen Konferenzen vertreten

Abgeordneter Fritz Hellwig, Direktor des Deutschen Industrie-Instituts Köln, visierte den Kern dieser Kritik an, als er erklärte, die öffentliche Vermögensbildung aus Steuerüberschüssen müsse fortan zugunsten der privaten Kapitalbildung auf ein Mindestmaß verringert werden. Der CSU-Vorsitzende Hanns Seidel — heute bayrischer Ministerpräsident — hieb in die gleiche Kerbe: „Der Staat soll künftig nur soviel Steuern erheben, wie unbedingt zur Erfüllung seiner wirklichen, ihm wesenseigenen Aufgaben notwendig ist."

Denn das wird Schäffer hauptsächlich zum Vorwurf gemacht: Er habe in den vergangenen Jahren

- Milliarden Mark Steuern über das notwendige Maß hinaus einkassiert,
- eine Steuersenkung — um eben diese Milliarden — und eine organische Steuerreform sabotiert und dadurch schließlich
- die volkswirtschaftlich notwendige Kapitalbildung bei Privatpersonen und Unternehmen verhindert.

Schäffer hatte es in seiner Amtszeit tatsächlich nicht über sich gebracht, den hohen Steuertarif auf das volkswirtschaftlich vernünftige Maß herabzusetzen, geschweige denn die überaus komplizierte Steuergesetzgebung zu vereinfachen, obschon die kleine Steuerreform im Sommer 1953 und die ursprünglich als große Reform angepriesene Neuordnung im Dezember 1954 eigentlich diesen Zwecken hatten dienen sollen.

Beide Reformen brachten zwar zahlreiche Sondervergünstigungen, die Tarifsenkungen blieben dagegen gering. Das Steueraufkommen der Bundesrepublik stieg deshalb trotz der Reformen von 36,7 Milliarden Mark im Jahre 1953 auf fast 50 Milliarden in diesem Jahr.

Im Haushaltsjahr 1954/55 begann Finanzminister Schäffer überdies, beträchtliche Summen auf ein Sonderkonto abzuzweigen, das bald unter dem Namen Juliusturm bekannt wurde. Eine Rückstellung von 1,86 Milliarden Mark nicht abgerufener Beträge aus dem Jahre 1953 füllte die erste Etage in diesem Turm.

Das Bonner Institut „Finanzen und Steuern" nennt das Jahr 1953 den Anfang einer Epoche der „Schwarzmalerei". Schäffer malte schwarz, indem er zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres sorgenvoll erklärte, dieses Mal gäbe es ganz bestimmt ein Defizit. Am Ende des Jahres jedoch war regelmäßig ein neuer Überschuß entstanden, den Schäffer freudig in seinen Turm schaufelte

1955 betrug der Überhang aus dem Vorjahr 2,16 Milliarden Mark. Das folgende Jahr brachte eine Kassenmehreinnahme von 3,07 Milliarden Mark. Unabhängige Experten sind der Ansicht, daß Schäffer im Jahre 1955 seinen entscheidenden Fehler machte. Seit dem Scheitern der EVG und dem Übergang zur eigenen Rüstung war nämlich ihrer Ansicht nach unschwer vorauszusehen, daß die für die EVG gehorteten Reserven die Bundeskassen überfüllen mußten. Denn daß der Aufbau der Bundeswehr langsam vor sich gehen und zunächst nicht allzuviel Geld kosten würde, war unverkennbar. Tatsächlich stieg der Kassenbestand des Bundes einschließlich Juliusturm Anfang dieses Jahres auf 7,1 Milliarden Mark.

Um die Einnahmen recht mager erscheinen zu lassen, manipulierte der Minister unablässig seine Voranschläge und Schätzungen des erwarteten Steueraufkommens in einer Weise, daß derartige Angaben aus dem Finanzministerium schließlich allgemein als unglaubwürdig galten.

Den Steuerzuwachs für 1956 beispielsweise veranschlagte Schäffer mit 6,8 Prozent vom Steuerertrag des Vorjahres. Am Ende des Jahres wies die Statistik den Zuwachs mit 12,5 Prozent aus. Fritz Schäffer entwickelte eine besondere Zahlenakrobatik, um trotz der unrichtigen Schätzungen hinterher erklären zu können, das Steueraufkommen sei zu hoch, wie sein Haus es erwartet habe.

Das Jahr 1954 ist dafür ein Musterbeispiel. Es brachte insgesamt 21 976 Millionen Mark Steuern, was im Finanzministerium als eine „haargenaue" Bestätigung der Steuersoll-Schätzung von 22 032 Millionen Mark gefeiert wurde. Jeder Abgeordnete des Bonner Haushaltsausschusses aber wußte, daß in Schäffers Soll-Zahl 250 Millionen Mark Beförderungssteuer eingesetzt waren, von denen Schäffer genau wußte, daß die Bundesbahn sie nie bezahlen würde und daß zudem der Anteil des Bundes an den Einkommensteuern mit 42 Prozent veranschlagt worden war, obschon die Länder in Wirklichkeit nur 38 Prozent abführten. Berichtigte man Schäffers Schätzungen entsprechend, so ergab sich aus dem tatsächlichen Aufkommen statt einer „Bestätigung" der Voranschläge ein Überschuß von 674 Millionen Mark.

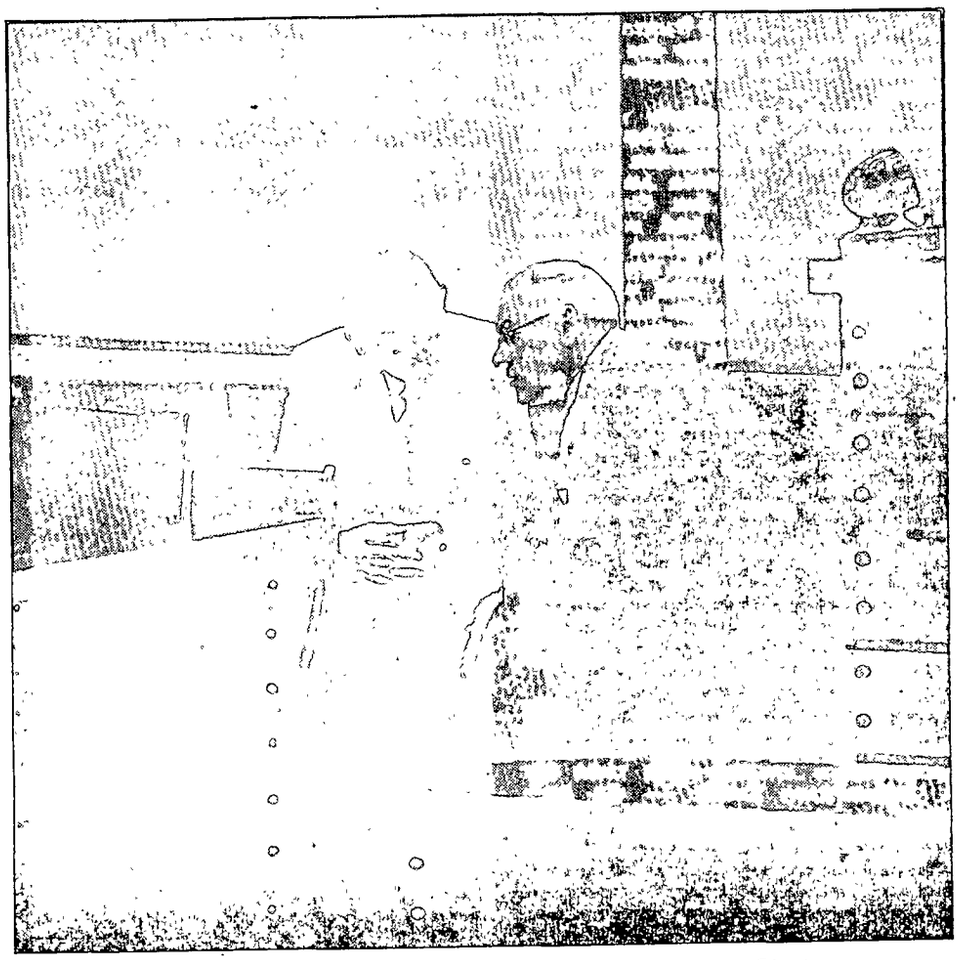
Fritz Schäffer hatte eine recht barsche Art, unbequeme Frager abzufertigen. Gestützt auf die nur ihm zugängigen Zahlen, beantwortete der Minister jeden Vorstoß gegen seine Politik der Rückstellungen und Reste im Bundestag oder unter Fraktionskollegen mit ätzender Ironie.

Schäffer häufte allerdings nicht aus purem Übermut Milliarden im Juliusturm an. Seiner Politik der Kassenreserven lag vielmehr echte staatsmännische Besorgnis über die Belastung zugrunde, die der Bundesrepublik aus der Wiederaufrüstung als Nato-Partner zweifellos erwachsen wird. Wie ein vorsorglicher Hausvater wollte der Finanzminister auch während der Jahre, in denen dazu die Möglichkeit bestand, den Steuerdruck nicht mindern, sondern die überschüssigen Summen auf die hohe Kante legen, um sie später, wenn die Rüstung es erforderte, zubuttern zu können. Dieses Vorsorge-Prinzip war die Basis der raffgierigen, kameralistischen Taktik des ehemaligen bayrischen Verwaltungsbeamten Schäffer.

Volkswirtschaftler hatten von Anfang an bezweifelt, daß sich durch Geldhortung echte Reserven für künftige Lasten bilden lassen. Anders nämlich als bei Einzelpersonen hat die Hortung von Milliarden in öffentlichen Kassen weitreichende Wirkungen auf die Volkswirtschaft. Den Betrieben werden durch die übermäßig angezogene Steuerschraube beträchtliche Gelder entzogen, der Geld- und Kapitalmarkt gerät in Mitleidenschaft, und das Zinsniveau steigt auf preistreibende Höhen.

Zufällig entstand durch den deutschen Aktivsaldo im Export, der ständig große und auf dem Inlandmarkt nicht durch Waren kompensierte Beträge in die Wirtschaft fließen ließ, ein Gegengewicht zur Schäfferschen Geldverknappung, das die volkswirtschaftlichen Schäden der Finanzpolitik einigermaßen ausglich oder zumindest milderte.

Dennoch mußte Schäffers Politik der hohen Kante scheitern, an der er trotz aller Warnungen eisern festhielt. Der Minister fand sich nicht zu der großen Steuerreform bereit, obwohl ihn alle zuständigen Ausschüsse des Bundestages dazu drängten. Auch von einer volkswirtschaftlich vernünftigen Verwendung der gehorteten Gelder wollte er nichts wissen. Man hatte ihm vorgeschlagen, die brach-



Gescheiterter Schatzsammler **Schäffer***: Zurück ins zweite Glied

* Rechts: Bundestagspräsident Gerstenmaier.

wjet-Union ist Besatzungsmacht. Das Regime der „DDR" wurde von ihr errichtet und lebt von ihren Gnaden.

SPIEGEL: Sie sagen also: Wir haben gegenüber der Sowjet-Union damals diesen Grundsatz durchbrochen, weil die Sowjet-Union die Macht ist, mit der wir über die Wiedervereinigung konkret verhandeln müssen. Dasselbe oder ein ähnliches politisches Argument könnte ja auch für andere Staaten gelten, etwa für unsere Beziehungen zu Polen, das ein Nachbar Deutschlands ist und mit dem wir bei der Frage der Wiedervereinigung, insbesondere auch bei einem Friedensvertrag, unmittelbar sprechen müssen. Die Frage ist, ob es nicht auch im Falle Titos politische Argumente gibt, die Beziehungen nicht abzubrechen. Etwa: Tito spielt eine besondere Rolle im Osten, er ist vielleicht in der Lage, bei seinem recht intimen Verhältnis zu Chruschtschew gewisse Überlegungen der sowjetischen Politik zu beeinflussen . . .

KIESINGER: Das sind, glaube ich, alles Spekulationen ohne rechte Basis. Die Entscheidung fällt in Moskau, nicht in Warschau oder in Belgrad. So viel ich sehen kann, betreibt Tito genau dieselbe Politik wie Chruschtschew. Er rät uns zur Verständigung mit Pankow. Nur auf eine solche Weise sieht er überhaupt eine Möglichkeit für die deutsche Wiedervereinigung. Das ist genau das sowjetrussische Argument. Eigentlich hätte man doch nur dann die Fortsetzung des Kontaktes mit Jugoslawien unter den obwaltenden Umständen befürworten können, wenn man mit dem Gedanken spielt, daß der Weg zur deutschen Wiedervereinigung eines Tages eben doch über Pankow führen müsse.

SPIEGEL: Sie spielen nicht einmal mit diesem Gedanken?

KIESINGER: Wissen Sie, wir Politiker müssen viele Gedanken-Spiele treiben, auch dieses, aber das Ergebnis in diesem Fall ist durchaus negativ.

SPIEGEL: Mit dem Ergebnis: Sie glauben nicht, daß man auf diesem Wege der Wiedervereinigung näherkommen könnte?

KIESINGER: Wenigstens auf keinen Fall zu einer Wiedervereinigung in Freiheit.

SPIEGEL: Obwohl die Sowjet-Union immer betont, daß es nur diesen einen Weg zur Wiedervereinigung gibt.

KIESINGER: Weil die Sowjet-Union jedenfalls die Wiedervereinigung in Freiheit nicht will, schiebt sie Pankow vor. Im übrigen kennen Sie ja die Bedingungen der Sowjet-Union.

SPIEGEL: Und da Tito sich nun seit einem Jahr — oder schon etwas länger sogar — in der Frage der Deutschlandpolitik voll und ganz auf die Seite der Russen gestellt hat, haben Sie auch keinen politischen Vorteil darin gesehen, die Beziehungen aufrechtzuerhalten?

KIESINGER: Nein. Für die Wiedervereinigung ist in Belgrad nicht viel zu holen, heute wohl weniger denn je. Tito hat die Anerkennung der „DDR" vollzogen, weil sie jetzt in sein politisches Konzept paßt. Solange es mit Moskau schlecht stand, wäre es von seinem Standpunkt aus unklug gewesen, diesen Akt zu vollziehen. Er hat ja nie aus der kommunistischen Familie herausgestrebt, weil er ein Kommunist ist. Aber er wollte sich von Moskau nicht diktieren lassen. Es schwebte ihm immer eine Art von kommunistischer Staatenfamilie vor, in der er nicht nur seinen „eigenen Weg zum Sozialismus" gehen könnte, sondern in der er auch einen gewissen partiellen Einfluß ausüben könnte. Die Entwicklung seit Stalins Tod hat ihm eine Rückkehr möglich gemacht. Die Anerkennung der sogenannten „DDR" ist eine Konsequenz dieser Entwicklung. Möglich, daß er die Stellung Gomulkas, aber auch Chruschtschews stärken wollte. Aus all diesen Gründen darf man seinen Schritt nicht verharmlosen. Er ist ernst gemeint, und man muß ebenso ernst darauf reagieren.

SPIEGEL: Sie hielten daher die Beendigung der diplomatischen Beziehungen für unumgänglich?

KIESINGER: Alles Für und Wider sorgfältig abgewogen, ja. Ich wiederhole: Wir dürfen niemanden darüber im Zweifel lassen, wie ernst es uns damit ist, daß die Regierung der Bundesrepublik die einzig legitimierte Sprecherin des deutschen Volkes ist, daß jede Stärkung der Position des Satellitenregimes in Pankow unsere Lebensinteressen trifft. Wir müssen alles vermeiden, was dazu führen könnte, daß wir in diesem Punkt nicht mehr ernst genommen werden

SPIEGEL: Halten Sie die Gefahr für sehr groß, daß auch unsere Verbündeten etwa folgern würden: „Die Deutschen beruhigen sich schon", wenn wir uns dem Anschein nach mit der Spaltung abfinden, indem wir zulassen, daß die „DDR" als selbständiger Staat anerkannt wird?

KIESINGER: Kein Zweifel, daß viele Leute so denken würden.

SPIEGEL: Obwohl wir dann doch sagen würden: Das ist keine Beruhigung ange-

KURT-GEORG KIESINGER

wurde am 6. April 1904 in dem schwäbischen Städtchen Ebingen als Sohn eines kinderreichen kaufmännischen Angestellten geboren. Mit sehr geringen finanziellen Mitteln absolvierte er das juristische Studium. Bevor er zu Anfang des Krieges ins Auswärtige Amt verpflichtet wurde, betätigte er sich als Rechtsanwalt und Repetitor in Wurzburg.

IN DER CDU *gab Kiesinger schon kurz nach deren Gründung sein politisches Debut. Mit den Erfahrungen, die er im Verband katholischer Studenten-Vereine Deutschlands (KV) gesammelt hatte, demselben Verband, dem auch Bundeskanzler Adenauer angehört, diente er sich schnell als gewandter und konzilianter Funktionär in die Führungsgruppe der Partei. Für den Wahlkreis Tettnang — Wangen — Ravensburg sitzt er seit 1949 im Bundestag.*

ALS AUSSENPOLITISCHER EXPERTE *seiner Fraktion, die ihn auch in den Straßburger Europa-Rat delegierte, wo er Vizepräsident der Beratenden Versammlung wurde, verfocht Kiesinger besonders in den Kampfdebatten des Bundestags über die Aufrüstung und die Pariser Verträge das Konzept des bedingungslosen Anschlusses der Bundesrepublik an die Westmächte und die „Politik der Stärke" gegenüber den kommunistisch geführten Staaten.*

